

Globale Herausforderungen in der Innovationspolitik – und deren Auswirkungen auf Österreich

Forschungsrat, IHS und Bank Austria laden namhafte Experten zum Thema „The Future of Innovation“

Wien, am 19.01.2015: „Es ist eine der zentralen Aufgaben des Forschungsrates, über den österreichischen Tellerrand und den engen Zeithorizont der Tagespolitik hinaus zu blicken. Dies trifft wegen des langfristigen Charakters sowie der Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität unseres Standortes in besonderem Ausmaß für Forschung, Innovationen und deren Umsetzung zu“, so Hannes Androsch, Vorsitzender des Rates für Forschung und Technologieentwicklung, im Vorfeld der Veranstaltung „The Future of Innovation“.

Im Rahmen dieser Diskussion werden auf Einladung des Forschungsrates, des Instituts für Höhere Studien (IHS) und der Bank Austria namhafte Experten aus dem In- und Ausland wie Prof. Mark Schankerman (London School of Economics, Prof. Philippe Aghion (Harvard) und Prof. Christian Keuschnigg (Uni St. Gallen) einige der Fragen einer künftigen Innovationspolitik diskutieren und dabei vor allem die Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Politikbereich in den Vordergrund stellen. Themen wie „Wachstum durch Innovation“ oder die Frage der Effektivität von politischer Gestaltung in diesem Bereich werden dabei ebenso diskutiert wie (Risiko-) Finanzierung oder die Bedeutung von Patenten. In der Veranstaltung wird sowohl die Situation Österreichs beleuchtet als auch der Blick auf die globalen Herausforderungen ausgeweitet.

Bereits in den vergangenen Jahren hat der Forschungsrat im Rahmen seiner beiden Publikationen „Österreich 2050 – FIT für die Zukunft“ sowie „Vision Österreich 2050“ eine zukunftsorientierte Diskussion im Hinblick auf mögliche strukturelle Veränderungen in Österreich und Zukunftsszenarien für Innovation angeregt.

Auch die Präsentationen der Vortragenden dieser Veranstaltung werden als Beiträge einer Publikation veröffentlicht, welche vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung unter dem Titel „Zukunft von Innovation“ im Rahmen der Alpbacher Technologiegespräche im August 2015 vorgestellt werden wird.

Rat für Forschung und
Technologieentwicklung

Pestalozziggasse 4 / D1
A-1010 Wien
Tel.: +43 (1) 713 14 14 – 0
Fax: +43 (1) 713 14 14 – 99
E-Mail: office@rat-fte.at
Internet: www.rat-fte.at

FN 252020 v
DVR: 2110849

Veranstaltung „The Future of Innovation“

Termin: 19. Jänner 2015, 17:00 Uhr

Ort: Naturhistorisches Museum (Burgring 7, 1010 Wien)

Moderation: Karin Bauer (Der Standard)

Ablauf:

Begrüßung durch Robert Zadrazil (Bank Austria Private Banking)

Introductory Statements:

- Mark Schankerman
- Philippe Aghion

Expertengespräch/-interview 1 - "Die Zukunft von Innovation – Implikationen für Österreich":

- Hannes Androsch (RFTE)
- Sabine Herlitschka (Infineon)
- Christian Keuschnigg (Universität St. Gallen)

Expertengespräch/-interview 2 - "The Future of Innovation"

- Mark Schankerman (London School of Economics)
- Philippe Aghion (Harvard University)
- William Kerr (Harvard Business School)

Rückfragehinweis:

DI Dr. Ludovit Garzik

Geschäftsführer des Rates für Forschung und Technologieentwicklung

Tel.Nr: 01 / 713 1414

E-Mail: l.garzik@rat-fte.at



Damit die Politik wieder in die Spur kommt

Forschungsratschef Hannes Androsch kritisiert die mangelhafte Umsetzung der Forschungsstrategie

Wien – Die Nationalstiftung kann heuer zusätzlich 15 Millionen Euro ausschütten. Das gab der Vorsitzende des Forschungsrats, Hannes Androsch, Montagabend beim Neujahrsempfang des von ihm geleiteten Beratungsgremiums bekannt. Damit wächst das auszuschüttende Volumen auf 78 Millionen für 2015. Das ist immerhin doppelt so viel wie im vergangenen Jahr (38,7 Mio. Euro), aber auch mehr als 14 Millionen weniger als 2013 (92,8 Mio. Euro).

Wunder könne man sich durch die zusätzlichen Mittel nicht erwarten, sagte Androsch. Die Gelder seien aber „eine gewisse Hilfe und Erleichterung“, meinte der Industrielle, der einmal mehr die Realisierung der von der Bundesregierung 2011 beschlossenen Forschungsstrategie einmahnte. Diese sei „auf dem Papier hervorragend“, man sei aber „alles, nur nicht auf der Spur“ beim Ziel, zu

einem der führenden Innovationsländer Europas zu werden und die Forschungsausgaben bis 2020 auf 3,76 Prozent des BIP anzuheben. Man werde in der zweiten Hälfte des Weges dorthin „einiges mehr tun müssen“. Vor allem die Grundlagenforschung sei deutlich unterfinanziert, hieß es am Rande des Neujahrsempfangs. Damit reflektierte man auch Aussagen, die Christian Keuschnigg, Ökonom an der Universität St. Gallen, Stunden zuvor während einer Veranstaltung des Forschungsrats und der Bank Austria getroffen hatte.

Radikalere Innovationen

Der ehemalige Chef des Instituts für Höhere Studien (IHS) bezeichnete die österreichische Grundlagenforschung als eines der „Nadelöhre der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik in Zeiten, in denen Innovation radikaler werden muss“.

„Wir sind hier nicht konkurrenzfähig“, so der Ökonom unter Hinweis auf das Abschneiden der heimischen Universitäten bei Rankings, die Lehrbelastung der Professoren oder die Ausstattung des Grundlagenforschungsfördernden Wissenschaftsfonds FWF – „da sind wir überall hinten“.

Sinkende Bewilligungsquoten

Der FWF, die erste Geldquelle für Forschungsprojekte an Unis und außeruniversitären Einrichtungen, hat, wie berichtet, ein bis 2018 vom Wissenschaftsministerium zugesichertes Budget von 184 Millionen Euro. Der Schweizer Nationalfonds, der im Nachbarland für die Grundlagenforschung zuständig ist, hat bekanntlich ein etwa dreimal so hohes Budget zur Verfügung. Da die Anträge steigen, sind Bewilligungsquoten des FWF rückläufig. Auch die Antragsummen und die tat-

sächlich bewilligten Gelder driften deutlich auseinander: Im vergangenen Jahr konnten von 778 beantragten Millionen Euro nur knapp über 200 bewilligt werden.

Keuschnigg bezeichnete wie schon in früheren Vorträgen die Grundlagenforschung auch als erste Quelle für den Technologietransfer. Im tertiären Sektor werde erstklassige Ausbildung geleistet, von der die Privatwirtschaft in Form von Absolventen profitiert. Sie sei auch eine Quelle von Patenten, die dann von großen Unternehmen genutzt werden.

„Die Universitäten müssen aber auch eine Quelle von kleinen innovativen Start-ups sein“, so Keuschnigg, der in diesem Zusammenhang die „unterentwickelte Wagniskapitalfinanzierung“ in Österreich kritisierte. Auch hier sei das Land deutlich hinter den Spitzenreitern im Innovationsranking. (red, APA)



Das Nadelöhr der heimischen Forschungslandschaft

Die Nationalstiftung schüttet zusätzlich 15 Millionen für Wissenschaft und Forschung aus.

Wien. (est/apa) Die Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung kann heuer zusätzlich 15 Millionen Euro ausschütten. Das gab der Vorsitzende des Rats für Forschung und Technologieentwicklung (RFT), Hannes Androsch, beim Neujahrsempfang des Beratungsgremiums der Bundesregierung am Montagabend bekannt.

Kurz vor Weihnachten hatte die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) die heurige Ausschüttung von 63 Millionen Euro für heimische Forschungsinstitute beschlossen. Nun habe das Finanzministerium weitere 15 Millionen Euro zugesagt, sagte Androsch. In Summe stehen damit 78 Millionen Euro zur Verfügung, oder doppelt so viel wie 2014. Die Stiftung, die eine nachhaltige, budgetunabhängige, langfristige und strategische Finanzierung von Forschungsinitiativen garantieren soll, wird aus Mitteln der OeNB und des ERP-Fonds gespeist. Die zusätzlichen Gelder würden zwar „nicht ein-

Wunder bewirken, sind aber eine gewisse Hilfe und Erleichterung“, so Androsch, der einmal mehr die Umsetzung der von der Bundesregierung 2011 beschlossenen Forschungsstrategie einmahnte. Diese sei „auf dem Papier wohlbedacht und ausgefeilt“, man sei aber „alles, nur nicht auf der Spur“ beim Ziel, zu einem der führenden Innovationsländer Europas zu werden und die Forschungsausgaben bis 2020 auf 3,76 Prozent des BIP anzuheben. Man werde in der zweiten Hälfte des Weges dorthin „einiges mehr tun müssen“. Der Forschungsrat werde dies künftig noch stärker einmahnen.

Wissenschaftsminister Reinhold Mitterlehner zeigte sich „froh, nur mit einer Ermahnung wegkommen zu sein“. Angesichts der Budgetlage sei die Finanzierung von Einrichtungen wie Wissenschaftsfonds FWF oder Akademie der Wissenschaften (ÖAW) „mühsam“ gewesen, man habe aber Kontinuität herstellen können. Mitterlehner nahm die Jubiläen von drei

Universitäten (Uni Wien: 650 Jahre, Veterinärmedizinische Uni Wien: 250 Jahre, Technische Uni Wien: 200 Jahre) zum Anlass, ein „Jahr der Forschung“ auszurufen und verschiedene Aktivitäten zu setzen. So sollen die Forschungsaktivitäten sichtbarer gemacht und im Frühjahr ein Forschungsaktionsplan vorgelegt werden.

Problem Markteintritt

Bei einer Podiumsdiskussion des Forschungsrats, des Instituts für Höhere Studien (IHS) und der Bank Austria zur „Zukunft der Innovation“ bezeichnete Ex-IHS-Chef Christian Keuschnigg die Grundlagenforschung als eines der „Nadelöhrer der österreichischen Forschungs- und Technologiepolitik in Zeiten, in denen Innovation radikaler werden muss“. „Wir sind hier nicht konkurrenzfähig“, sagte der Ökonom unter Hinweis auf das Abschneiden der heimischen Unis bei Rankings, die Lehrbelastung der Professoren oder die Ausstattung des Grundla-

genforschung fördernden Wissenschaftsfonds FWF. „Da sind wir überall hinten.“ Dabei sei dieser Bereich „die erste Quelle für Technologietransfer und angewandte Forschung. Die Unis müssen aber auch eine Quelle von kleinen innovativen Start-ups sein.“

US-Start-up-Experte Matthew Rhodes-Kropf von der Harvard Business School verwies auf Amerika, wo jeder fünfte Job durch Start-Ups geschaffen wurde. Namhafte Firmen wie Google, Apple, Ebay, Fedex, Intel oder PayPal hätten als Start-ups begonnen. Trotz dieser Erfolge sind Investitionen in junge Unternehmen riskant. „Jedes zweite Start-up scheitert, seit 1987 haben nur 13 Prozent einen Börsengang geschafft“, so Rhodes-Kropf.

Mark Schankerman von der London School of Economics betrachtete die Problematik aus europäischer Sicht. „Grundlagenforschung muss so weit als möglich in die Anwendung gebracht werden. Wir müssen unseren Fokus

nicht nur auf reine Doktoratsstudien richten, sondern die Gründung neuer Formen maßgeblich erleichtern“, sagte er. Dazu würden europäische Länder einerseits einen lebhaften Venture Capital-Markt benötigen mit Risikokapital, und andererseits Technologietransferzentren nach US-Modell: „In den USA hat jede Universität ein Transferzentrum, die den Markteintritt und Lizenzen regelt, sodass Firmen, Unis und Forscher profitieren.“

In Österreich werden pro 1000 Forscher nur 9,8 Erfindungen pro Jahr gemeldet, (EU-Durchschnitt: 15,6). Um die Verwertung wissenschaftlicher Erkenntnisse an den Unis zu beschleunigen, hat das Wissenschaftsministerium im November vier Wissenstransferzentren gestartet und mit 11,25 Millionen Euro (2014-2018) dotiert. Denn „eine Innovation ist eine Idee, die erfolgreich auf dem Markt positioniert ist“, sagte Sabine Herlitschka, Österreich-Chefin des Chipherstellers Infineon. ■